

Riffe im Belt: Gericht weist Klage der Umweltschützer ab

Leipzig urteilt: Ausgleichsfläche für bei Tunnelbau zerstörte Riffe reicht aus

LEIPZIG/FEHMARN. Die Fläche für Ersatz-Riffe ist ausreichend. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat gestern zugunsten des Kieler Wirtschaftsministeriums geurteilt. Die Klagen des Nabu und des Aktionsbündnis gegen eine feste Fehmarnbeltquerung wurden abgewiesen.

Durch die Aushebung des fast 18 Kilometer langen Grabens für den Fehmarnbelttunnel sind Riffe zerstört worden. Das Land Schleswig-Holstein muss die zerstörten Biotope an anderer Stelle ersetzen. Die Kompensationsfläche wurde auf 17,5 Hektar festgesetzt. Nabu und Aktionsbündnis halten die Fläche für zu klein.

Die Richter in Leipzig sahen nicht die Notwendigkeit, die Kompensationsfläche zu vergrößern. „Die Beeinträchtigung der Riffe wird hinreichend dadurch ausgeglichen, dass an anderer Stelle in der Ostsee neue Riffe geschaffen werden.“ Das Gericht sagt, dass die Entscheidung gerechtfertigt sei, „angesichts

der herausragenden Bedeutung der festen Fehmarnbeltquerung“.

Nabu und Aktionsbündnis kritisieren Argumentation

Genau diese „herausragende Bedeutung“ bereitet dem Nabu-Meeresschutzexperten Kim Detloff Bauschmerzen. Die Bedeutung des Tunnels toppe scheinbar alle Argumente, sagte er kurz nach Verkündung am Telefon. „Es ist das eingetreten, was wir befürchtet hatten, und wir haben Angst, dass das Schule macht.“ Würden Eingriffe wie in die Rifflandschaften nicht mehr eins zu eins ausgeglichen, „ist das der Dolchstoß für marine Ökosysteme“, mahnte er.

Der Vorsitzende des Aktionsbündnisses, Hendrick Kerlen, zeigte sich enttäuscht. „Im Namen des Tunnels kann man wohl alles kaputtmachen.“ Die herausragende Rolle sei absurd, für das Projekt bestehe keine Notwendigkeit.

Wirtschaftsministerium und Femern A/S zufrieden

„Wir freuen uns, dass die Klagen abgewiesen wurden. Das Bundesverwaltungsgericht hat somit bestätigt, dass unsere Kompensationsberechnungen für die Riffe vor Fehmarn ausreichend sind“, hieß es von Femern A/S. Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen (parteilos) sagte: „Es ist gut, dass die Berechnungen ordentlich waren.“

Fehmarns Bürgermeister Jörg Weber (SPD) zeigte kein Verständnis für das Urteil: „Wenn Biotope geschädigt und zerstört werden, muss eins zu eins oder besser kompensiert werden.“ Gerade in der heutigen Zeit, in der Natur- und Umweltschutz im Fokus stünden, halte er die Entscheidung für das falsche Signal. Oliver Behncke, Tourismusdirektor der Insel, kommentierte: „Gäste und Einheimische erwarten, dass die natürlichen Lebensräume unserer Urlaubsregion geschont werden.“ bue